

***20 Jahre Liberale Demokraten
28. November 1982 – 2002***

**- Eine sozialliberale politische Minderheit in Deutschland
geht ihren Weg -**

**Rede der Bundesvorsitzenden Dr. Gabriele Safai
vom 30. November 2002 in Freiburg im Breisgau, Greiffeneggschlössle**

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Gäste,
liebe Freunde und Förderer der Liberalen Demokraten,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

Der heutige Anlass bietet Grund zur Freude und zum Feiern. Ihre Anwesenheit, verehrte Gäste, ehrt uns und macht uns Mut, unsere politische Arbeit fortzusetzen und wieder stärker zu wachsen.

Immerhin haben wir als kleine Partei die unzähligen Hürden und Enttäuschungen überwunden, haben über 20 Jahre hinweg durch zähe politische Arbeit unsere Identität als Liberale Demokraten finden und festigen können.

Auch haben wir uns finanziell, wenn auch unter größten Opfern über all die Jahre halten, unsere hohen Schulden aus früheren Landtagswahlkämpfen dank vieler Klein- und Kleinstspenden vollständig bereinigen können und dies vor allem innerhalb der letzten 13 Jahre. Dass dieser massive Spar- und Überlebenskurs auch zu Lasten einzelner Funktionsträger ging, ist jedem klar, der Verantwortung trägt oder getragen hat.

Deshalb gilt mein Dank all jenen, die uns mit ihrer Spendenbereitschaft immer wieder geholfen, die ihre Ohren und ihr Herz nicht verschlossen haben, wenn wieder einmal große Not bei uns herrschte. Mein Dank gilt aber auch all den Mitgliedern, die in diesen 20 Jahren bereit waren, Verantwortung zu übernehmen und ein Amt in der Partei auszuüben. All jenen, die unsere wenigen politischen Mandate, sei es zum Beispiel im Berliner Abgeordnetenhaus wie Wolfgang Petersen und Hans Schwenke oder auf kommunaler Ebene wie Herta Tudor-Wallner seit 1982 und später Dr. Arnulf Lorentz in Heidelberg und andere wahrgenommen haben, sei auch an dieser Stelle nochmals Dank und Respekt bezeugt. Selten genug gelang es der LD überhaupt ein Mandat zu erringen. Zu groß waren die Hürden, zu gering die Kraft, diese immer wieder zu überwinden.

Wie waren die Anfänge der LD, was war der Anlass unserer Gründung vor zwanzig Jahren am 28. November 1982 in Bochum?

Der Bruch der sozialliberalen Koalition von SPD und FDP Ende 1982 beendete auch die parteiinternen Spannungen und schweren Differenzen zwischen Rechts- und Linksliberalen in der FDP. Der sozialliberale Flügel unterlag und im Vollzug der „Wende“ verließen 20.000 der damals 86.000 Mitglieder die Partei.

Noch sehr deutlich kann ich mich an den Novemberabend im „Dattler“, an meinen Austritt und den weiteren etwa 26 vor allem junger Mitglieder der FDP Freiburg erinnern. Mit grosser Erleichterung gaben wir unser Parteibuch in dieser öffentlichen Versammlung zurück und verließen diese politische Arena. Der Abstieg vom „Dattler“ ins Tal, nach Freiburg war nicht nur symbolisch, er sollte für weitere 20 Jahre bestimmend werden.

Heimat war die FDP für mich nie geworden, zu schnell und zu kurz nach meinem Eintritt war ich in den Strudel der „Wende“ geraten. Zu wenig fand ich meine sozial- und jugendpolitische Arbeit und Zielsetzung gewürdigt. Die Spannungen im landespolitischen Fachausschuss für Sozialpolitik, den der damalige Bundestagsexperte Friedrich Hölscher sachkundig führte und dem ich auch einige Zeit angehörte, zeigten klar den Kurswechsel in Richtung Wirtschaft und Ausgrenzung des Sozialen. Eine Mitarbeit machte für mich, die ich dann schließlich als letzte der zahlreichen weiblichen Mitglieder diesen verließ, keinen Sinn mehr. Ich habe mit großer Enttäuschung auch diese Ebene verlassen.

Somit begann der steinige Neubeginn sozialliberaler Idealisten mit der Gründung der Partei *Liberaler Demokraten* am 28. November 1982 in Bochum auch im Dezember 1982 in Freiburg und anderernorts bundesweit. Unterstützt wurden wir von keinem der sieben linksliberalen Bundestagsabgeordneten; niemand hatte den Mut, diesen Weg mit uns zu gehen und damit den Geist von Freiburg wie er in den „Freiburger Thesen“ von 1971 verankert war, politisch weiterhin zu stärken.

Bei den sieben Gründerinnen und Gründern der LD-Freiburg, aber auch bei jenen, die bundesweit sich zu dieser neuen politischen Bewegung bekannten, war die Vision vorhanden von einer gerechten und sozialen Gesellschaft, in der der Stärkere für den Schwächeren Verantwortung trägt, in der Eigentum verpflichtet und die Wirtschaft zum sozialen Ausgleich beizutragen hat. In der die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat gewahrt bleiben, in dem Menschenwürde und Persönlichkeitsrechte Vorrang haben.

Diese „Vision“ wurde eingefordert und vor allem innerparteilich auch bis heute gelebt. Glaubwürdigkeit im Denken und Handeln wurde unter Beweis gestellt und sicherte somit den *Liberalen Demokraten* und ihren Mitgliedern das Überleben. **Denn nur wer betroffen ist, wer gelitten hat, hat das Recht zu sprechen und die Beendigung seines Leidens einzufordern.** Dies gilt für die persönliche aber auch für die politische Sphäre.

Als kleine Partei fühlen wir uns betroffen von Vorgehensweise der großen Parteien mit ihren inflexiblen Machtstrukturen, ihrer Bürgerferne, ihrer Einflussnahme auf so vielen Ebenen, in so vielen Bereichen der Gesellschaft. Gelitten haben wir unter der Missachtung unseres Daseins, dem Spott über unsere Kleinheit, der Abkehr mancher vom Geiste und Inhalt unseres Grundgesetzes, das in Artikel 21 den Parteien aufträgt, an der Willensbildung des Volkes mitwirken.

Wie sehr in mehr als den letzten zwanzig Jahren die Glaubwürdigkeit der politischen Klasse gelitten hat, dürfte seit den Spendenaffären der FDP (1978 - (?) Genscher, Lambsdorff), dem Ehrenwort von Altbundeskanzler Helmut Kohl (1982 - ?), dem Kölner Klüngel der SPD (1999 - ?) und neuerdings seit Jürgen W. Möllemann, FDP (vor Oktober 2002 - ?) bekannt sein.

Es ist mir als seit dem 3. Juni 1989, also seit mehr als 13 Jahren (mit kurzer Unterbrechung) amtierender Bundesvorsitzenden der LD, die ich mich freimütig auf dem sogenannten Auflösungsparteitag vom 3. Juni 1989 in Köln und aus Protest zu dem bisherigen Verlauf der Partei zur Wahl stellte, inzwischen vieles klar geworden, was der Verdeutlichung bedarf über das Handeln und die Rahmenbedingungen von Parteien.

Dass wir hier klar zu unterscheiden haben zwischen den grossen und etablierten Parteien und den Klein- und Kleinstparteien, sollte eigentlich zwingend zum Staatskundeunterricht gehören. All dies sollte „Demokratie“ beinhalten und auch deren Anforderungen standhalten. Ob dies so ist, können nur diejenigen beurteilen, die dies erlebt und wie wir, die Liberalen Demokraten seit zwanzig Jahren erlitten haben!

Wir, die *LD* sind ja aus dem Protest zur herrschenden Meinung und Vorgehensweise der FDP und ihrer Führung (Genscher und Lambsdorff) aber auch aus dem Protest der Sozialliberalen geboren, die sich nie zur FDP bekannt haben. Wir sind nie auf Erfolgskurs gewesen, sondern haben uns von Anfang an darauf eingestellt, dass es ein „langer und steiniger Weg der politischen Erneuerung“ werden würde - der Jahrzehnte dauern könnte. Zumindest war das in Freiburg nie umstritten! Zwei Jahrzehnte sind es bisher geworden!

Dass sich so viele und vor allem auch junge Leute nicht in Geduld fassen konnten, nicht die Beharrlichkeit und die Fähigkeit zum Aushalten von Situationen hatten, sei ihnen im Nachhinein verziehen. Bitter war es schon, als nach dem von William Borm maßgeblich eingeforderten Verzicht auf die Teilnahme an der Bundestagswahl 1983 (vorzeitige Neuwahlen), der die vertane Chance der LD-Teilnahme an der Europawahl 1984 folgte, jegliche Perspektive den jungen Mitglieder verloren ging und viele von ihnen die LD verließen. Sie wollten sich im Wahlgetümmel erproben und ihre Kräfte messen, was man leider von seiten der Führungsgremien nicht erkannte.

Somit gingen politisch engagierte junge Menschen der LD verloren. **William Borm** war im übrigen eine der herausragendsten Persönlichkeiten der **LD**. 1991 veröffentlichte der Spiegel, dass er lange Jahre als Einflußagent der Stasi gewirkt hätte, was auch durch Einsichtnahme in die entsprechenden Akten beim Staatsschutz bestätigt wurde. Auf die **LD** soll er aber in diesem Sinne keinen Einfluss mehr genommen haben.

Spätestens seit dem Bundesparteitag vom 3. Juni 1989 in Köln, als vom damaligen Bundesvorstand der Antrag auf Auflösung der **LD** gestellt wurde, alternativ aber auch die Neuwahl des Bundesvorstandes, im übrigen eine weise Entscheidung, war der Kurswechsel klar. Die Mitglieder hatten mit großer Mehrheit bereits im Vorfeld der Auflösung der **LD** eine klare Absage erteilt.

Nun ging es um die Neugestaltung sozialer und liberaler Politik aus der Erfahrung der Wirklichkeit heraus. Programmatische Grundsätze waren Leitlinien, konnten aber das Wissen um die derzeitige Wirklichkeit nicht ersetzen. Von den LD-Mitgliedern verlangte dies eine genaue Beobachtung der Dinge, die den Menschen widerfuhren, ihnen existentiell und auch staatspolitisch Probleme bereiteten.

Somit fingen wir an mit der erneuten Erkundung der tatsächlichen Gegebenheiten und Lebenswirklichkeiten, begannen uns ein neues politisches Bild zu malen, was wir dank des Vertrauens der Menschen, die uns teilhaben ließen an ihrem Leben, aber auch an ihren Sorgen, oftmals recht genau abbilden konnten. Daraus ergaben sich dann unsere „politischen Anträge“, unsere Wünsche nach politischer Veränderung.

Die politische Arbeit, die politischen Anträge waren oftmals bescheidener, aber deshalb auch umso erfolgreicher, weil sie im Detail beschrieben oder forderten, die Grundlage für Lösungsansätze boten und auf der Erkenntnis der Wirklichkeit beruhten.

Dass wir mit unseren seitdem detaillierteren Anträgen oftmals auf Unverständnis stießen, hat uns nicht weiter berührt, da wir wussten, dass jeder Antrag ein kleiner Meilenstein zur Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit sein würde. Diese „Kärrnerarbeit“ würde uns wieder an die Menschen heranzuführen, durch sie würden wir wieder ihr Vertrauen gewinnen können. Für uns als Sozialliberale ein ganz steiniger Weg, der uns aber zu einer neuen Identität verhalf, uns das weitere politische Überleben als *Liberalen Demokraten* sicherte.

Die einzelnen Stationen dieses steinigen Weges seien nur etappenhaft umschrieben: Allem vorab sei aber denjenigen Dank gesagt, die an uns als politische Kraft geglaubt, die uns moralisch oder und auch finanziell gestützt haben. Ohne diese Mitstreiter, zu denen auch meine Familie und die anderer Mitglieder gehört, wäre ein Überleben der LD niemals möglich gewesen.

Nun komme ich zu den politischen Eckpunkten, die uns gerade heute sehr beschäftigen:

So belastet uns der 2002 eingeführte EURO in unangemessener und unvorhersehbarer Weise. Die Erfüllung der Stabilitätskriterien bereitet offensichtlich größte Probleme. Für die neuen kriegerischen Einsätze der Bundesrepublik Deutschland sind die Kosten offensichtlich nicht transparent, dies haben wir kritisiert und fordern es nach wie vor ein.

Die „politische Moral“ der politischen Klasse, falls es sie gibt, hat dank der Spendenaffären und Skandale so gelitten, dass die Glaubwürdigkeit aller politischen Parteien auf dem Prüfstand steht. Auch wir als kleine Partei leiden darunter mehr als uns lieb ist.

Weiterhin wurde versucht die Diäten der „Damen und Herren der Staatskunst“, die im übrigen keinerlei Haftung für ihre Taten tragen, ungeniert durch das Parlament erhöhen zu lassen, obwohl die Bevölkerung immer weniger Geld zur Verfügung hat und immer härter dafür arbeiten muss.

Niemand fragt sich zumindest öffentlich, wann und ob eigentlich der Friedensvertrag anlässlich des von Hitler entfachten Zweiten Weltkrieges kommen wird. Wer denkt an unsere Kinder und deren Nachkommen? Wer spricht darüber, dass diese Lasten mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auf sie übergehen werden? Dass auch sie für all das eintreten und zahlen werden müssen, was Generationen vor ihnen entfacht haben?

Es gibt so viele Tabus, die politisch nicht gebrochen werden. Was aber, wenn die Bevölkerung durch die Verschlechterung ihrer Lebensumstände und durch die mangelnde Aufklärung seitens der Politiker nicht mehr bereit ist, überhaupt noch zuzuhören und ihnen Glauben zu schenken? Die Beteiligung an der Bundestagswahl spricht eine deutliche Sprache. Immerhin haben wir 1998 und auch 2002 in mühsamer Standarbeit um die erforderlichen Unterstützungsunterschriften für unsere Wahlvorschläge geworben und uns in diesem Rahmen ein Bild von der Meinung des Volkes machen können.

Es sieht nicht gut aus in Deutschland! Die Menschen sind nicht nur der Parolen und platten Sprüche müde, sondern sie haben in weiten Teilen das Vertrauen in die Umsicht und in die Fähigkeiten der Politiker verloren.

Haben die Verantwortlichen eigentlich darüber nachgedacht, dass jene, die radikale Lösungen propagieren, nur auf den Zeitpunkt warten, der ihnen Gehör verschafft? Aus diesem Grund sind wir als kleine sozialliberale Partei noch da. Wir sehen diese Gefahren nur allzu deutlich und wir wollen und werden unseren Teil dazu beitragen, dass unser Land nie wieder einem totalitären Regime zum Opfer fällt, dass nie wieder ein „Führer“ über Leben und Tod der Menschen entscheiden kann. Dazu liebe Gäste, Freunde, Förderer und Mitstreiter gehört Zivilcourage, der Mut, sich aktiv für dieses Ziel einzusetzen und notfalls auch dafür erhebliche Opfer zu bringen, die aber bei weitem nicht das abverlangen, was ein erneuter großer Krieg an Elend, Armut und Entbehrungen mit sich bringt, wie es etliche unserer Gründungsmitglieder noch selbst erlebt haben.

Und nun abschließend etwas zu unseren kleinen Erfolgserlebnissen, wie wir sie als kleine Partei mehrfach hatten:

Zum einen hat es uns gefreut, dass führende Bundespolitiker, so die damalige Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* (CDU) uns den Respekt und die Würdigung zukommen ließ, wie es unser Grundgesetz vorsieht. Dies gilt auch für die Vorgehensweise von *Hans-Joachim Vogel*, dem einstigen Bundesvorsitzenden der SPD. Gefreut hat uns eine Protestaktion per Fax an die Bundestagsfraktionen wegen des seinerzeit von der FDP vorangetriebenen Versuchs, das **Mietrecht** zu Lasten der Mieter zu verändern. Hier gab es seltene Einmütigkeit mit *Michael Glos* (CSU). Unser Vorstoß zur Verankerung des **Umweltschutzes** im Grundgesetz führte schließlich und auch dank anderer außerparlamentarischer Kräfte zum Erfolg.

Und in unserer Beratung über unseren Beschluss zur **Nato-Osterweiterung** hatten wir sachkundige Hilfe und Beratung von *Egon Bahr*. Dafür auch an dieser Stelle und somit öffentlich an alle noch einmal unser herzlicher Dank.

Weniger erfreulich ist für uns die Verhaltensweise der derzeitigen Regierung (SPD/Bündnis 90/die Grünen). Eingaben werden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn bestätigt. Die Informationspolitik hat sich für jene erheblich verschlechtert, die kein Internet/ und oder kleine Kassen haben, geht doch fast alles nur auf diesem Weg an die Interessenten. Soviel Zeit und Geld zum Laden aus dem Internet, zum Ausdrucken der e-mails sowie schließlich für die Verwaltung dieser Fülle von Informationen, die früher in Druckform geliefert, auch einmal als Abendlektüre mit nach Hause genommen werden konnten, haben kleine Parteien wie die LD nicht. Man darf nicht vergessen, dass bei uns und den meisten kleinen Parteien die ehrenamtliche Arbeit das Ganze trägt.

Kurzum: das Gleichgewicht und die Gleichbehandlung sind aus dem Lot gekommen. Kann dies die Demokratie auf Dauer verkraften? Immerhin lebt sie von der Erneuerung durch die Basis, durch das einfache Volk! Wir haben uns – und dies war mein persönlicher Forschungsansatz – für die *Minderheitendemokratie* ausgesprochen. Ein Modell, das ich an dieser Stelle nicht ausführlicher erläutern kann. Tragend aber ist der Gedanke, dass kleine Parteien, Organisationen von sachkundigen Bürgern sich aus Verantwortung für das Ganze einmischen und ihr Wissen in den politischen Gestaltungsprozess einbringen. Dies verlangt nach anderen Strukturen als denen der Groß- oder auch Volksparteien, in denen dieses Wissen gänzlich untergeht. Parteien, die wegen ihres Machterhalts nur die „einfachen“ und in der Regel auch populistischen Lösungen bevorzugen und verkünden.

Offensichtlich haben dies etliche Forscher auf dem Gebiet der Politikwissenschaft, die Parteienforscher, bereits vor mehreren Jahren gespürt. Gerne haben wir, die LD, uns als Forschungsobjekt zur Verfügung gestellt und wurden somit in Studienabschlussarbeiten, freien Veröffentlichungen und vor allem in der Habilitationsschrift von *Dirk van den Boom*¹⁾, die große Beachtung fand, dargestellt. Auch dies war und ist ein Teil unserer politischen Arbeit, der mit sehr viel Mühe und Aufwand verbunden ist.

Was uns auch sehr freut, ist das große Interesse der Parteienforscher um Professor *Martin Morlok*, Direktor des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht, ehemals an der Fernuniversität Hagen, nunmehr an der Universität Düsseldorf. Er und seine Mitarbeiter haben ein offenes Ohr für kleine Parteien, berät uns auch gelegentlich und ermutigt uns vor allem, die Verfassung und dementsprechende Gesetze nach Artikel 21 unseres Grundgesetzes einzufordern.

Wie uns Professor Morlok am 23. Oktober mitteilte, versucht er dieses Thema (Zulassungsverfahren des Bundeswahlausschusses) in einer Doktorarbeit erforschen zu lassen, da er dieses und vor allem auch unser Problem für durchaus wissenschaftlich beachtlich und somit beobachtenswert hält.

Wir haben jüngst über unseren Bezirksvorsitzenden Köln, Günter Pröhl die ersten Schritte zur Überprüfung und zu einer möglichen gesetzlichen Änderung der Vorgehensweise des Bundeswahlausschusses, die wir immer mehr als von Willkür gesteuert erfahren, eingeleitet.²⁾ Auf unserem kurzen Bundesparteitag, noch am heutigen Tag, an dem die Neuwahl des Bundesvorstandes, aber auch wichtige Anträge zur Debatte stehen, werden wir weitere Grundlagen schaffen, dass dies geändert wird.

Immerhin würde ein Hinnehmen bedeuten, dass künftig nur noch sogenannte „Spas-Parteien“ „ernsthaft an der Willensbildung des Volkes“ (so das Parteiengesetz) mitwirken können. Dies können und wollen wir, die Liberalen Demokraten als erprobte und ernsthaft arbeitende kleine und standhafte sozialliberale Partei nicht hinnehmen.

In diesem Sinne hoffe ich auf weiteren Zuspruch und auf die Würdigung unserer politischen Arbeit. Vielen Dank.

¹⁾ Dirk van den Boom: Politik diesseits der Macht? Zu Einfluß, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Leske + Budrich, Opladen 1999. (ISBN 3-8100-2510-0).

²⁾ Es wurde die Bundestagswahl angefochten. Die LD wurde entgegen jeglicher Erwartung 1998 vom Bundeswahlausschuss nicht zur Bundestagswahl zugelassen.